

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Zeile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Vren.

Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaitrasse 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluß 3002.

Nach 37 Kriegsmonaten.

Es ist erreicht! Die Mitgliederzahl des Verbandes ist heute — wenn die zum Heere eingezogenen als Mitglieder weitergeführt werden — höher als bei Kriegsbeginn. Die Verluste des ersten Kriegsjahres sind voll ausgeglichen worden, darüber hinaus ist schon ein Mitgliederzuwachs erzielt. Im Monat August sind über 5500 neue Mitglieder dem Verbands beigetreten, also mehr als in irgendeinem Vormonat seit Kriegsbeginn. Der erfreuliche Aufschwung, der mit Beginn dieses Jahres einsetzte, hat angehalten, der Zustrom zum Verbands ist immer stärker geworden.

Für den Monat August haben 387 Zahlstellen rechtzeitig berichtet. Ueber die Gestaltung und Veränderung des Mitgliederbestandes in diesen Zahlstellen gibt folgende Zusammenstellung Auskunft:

Mitglieder am 1. August 1914	Männliche	Weibliche	Zusammen
170 398	26 031	196 429	
am 30. August 1917	62 037	33 732	95 769

Am 30. August 1917 weniger (-)			
oder mehr (+)	108 361	+ 7 701	- 100 660
Zum Heeresdienst eingezogen	106 834		106 834

Verloren (—) oder Gewinn (+) seit Kriegsbeginn	1 527	+ 7 701	+ 6 184
--	-------	---------	---------

Die berichtenden Zahlstellen hatten also, die eingezogenen Kollegen eingerechnet, 6184 Mitglieder mehr als bei Kriegsbeginn. Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist von reichlich 26 000 auf fast 34 000 gestiegen. Bei den männlichen Mitgliedern ist noch kein Zuwachs zu verzeichnen, jedoch steht der Ausgleich nahe bevor.

Die folgende Zusammenstellung der Eintritte und Austritte nach Monaten ist nicht vollständig, weil sie nicht alle Zahlstellen erfasst, sondern nur die berichtenden, und die gegebenen Zahlen sind nur bedingt vergleichbar, weil die Zahl und die Zusammenlegung der berichtenden Zahlstellen wechselt und infolgedessen die Zahl der von der Berichterstattung erfassten Mitglieder schwankt. Immerhin gibt sie ein Bild von der erfreulichen Aufwärtsentwicklung des Verbandes.

Jahr	Monat	Mitglieder aufgenommen			Mitglieder ausgeschieden		
		m.	w.	zus.	m.	w.	zus.
1917	Januar	824	1 463	2 287	359	435	794
1917	Februar	1 356	1 622	2 978	463	510	973
1917	März	1 609	1 441	3 050	680	497	1 177
1917	April	1 482	2 597	4 079	423	657	1 080
1917	Mai	1 595	2 632	4 227	555	794	1 349
1917	Juni	2 167	2 794	4 961	692	1 119	1 811
1917	Juli	1 692	3 378	5 070	547	1 461	2 008
1917	August	2 055	3 466	5 521	614	1 937	1 941
		12 780	19 373	32 173	4323	6810	11 133

In den ersten acht Monaten dieses Jahres sind mithin 32 173 Mitglieder dem Verbands beigetreten gegen 14 795 im ganzen Jahre 1916 und 10041 im Jahre 1915. Das heißt, die ersten acht Monate des laufenden Jahres haben uns weit mehr Mitgliederzuwachs gebracht als die beiden vollen Jahre 1915 und 1916 zusammen. Das ist eine Entwicklung, mit der wir zufrieden sein können, und von der wir hoffen wollen, daß sie fort dauert.

Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor sehr gering. Gegen die letzten Vormonate ist im August eine Steigerung eingetreten, jedoch fällt die Zahl der Arbeitslosen gar nicht ins Gewicht. Erwerbsunfähig krank waren Ende August 1377 männliche und 420 weibliche, zusammen 1797 Mitglieder. Vom Hundert waren das 2,2 bei den männlichen und 1,3 bei den weiblichen Mitgliedern. Der geringe Prozentsatz bei den weiblichen Mitgliedern findet seine Erklärung vornehmlich in dem stärkeren Zustrom neuer Mitglieder. Deren Erkrankungen werden nicht gemeldet, weil der Verband Unterstützungen erst nach einjähriger Mitgliedschaft zahlt. Bei den männlichen Mitgliedern ist der Zuwachs im Verhältnis zur Mitgliederzahl geringer, die Zahl der Bezugsberechtigten also höher, infolgedessen sind auch die Meldungen vollzähliger. Jedenfalls ist der Krankenstand, gemessen an dem in Friedenszeiten üblichen, überaus hoch. — Als Erwerbslosenunterstützung wurden im Monat August in den berichtenden Zahlstellen an arbeitslose Mitglieder 1579 Mf., an erkrankte Mitglieder 50 587 Mf. ausgezahlt.

Steigerung der Arbeitslöhne während des Krieges.

Eine Erhebung über die Steigerung der Arbeitslöhne während des Krieges ist vom Reich. Stat. Amt durch Befragung von Fragebogen an die regelmäßig über die Lage des Arbeitsmarktes für das Reichs-Arbeitsblatt berichtenden Unternehmungen veranstaltet worden. Obwohl die Bearbeitung der Erhebung noch nicht abgeschlossen ist, teilt doch das Reichs-Arbeitsblatt bereits einige Hauptergebnisse mit, die recht interessante Zahlen bilden. Die Erhebung, die die Zahl der Arbeitstage der erwachsenen männlichen und weiblichen Arbeiter sowie die ihnen gezahlte Lohnsumme in den beiden letzten vollen Wochen der Monate März und September 1914, 1915 und 1916 erfragte, umfaßt 369 der hervorragendsten Unternehmungen in 13 Gewerbegruppen, deren Lohnverhältnisse typisch für die im Allgemeinen besser gestellten Kategorien von Arbeitern und Arbeiterinnen sein dürften. Keinesfalls wird man also behaupten können, daß die Ergebnisse gegenüber dem Durchschnitt zu günstig seien, zumal ja auch die Angaben von Unternehmern gemacht wurden.

Um so bemerkenswerter ist es, daß die Ergebnisse der Erhebung, wenn sie auch selbstverständlich ein starkes Anwachsen des Arbeitslohnes im Laufe der ersten beiden Kriegsjahre erkennen lassen, doch zeigen, daß die Löhne selbst dieser gut gestellten Arbeiter mit der Steigerung der Lebensmittelpreise und sonstigen Preise keineswegs Schritt gehalten haben.

Bei fast sämtlichen Gewerbe- und Untergruppen ergibt sich eine gleichgerichtete Entwicklung: zunächst ein Rückgang vom März auf September 1914, von da an eine ununterbrochene Steigerung bis September 1916. Bei den männlichen Arbeitern sank zunächst der Durchschnittslohn von März bis September 1914 von 5,17 Mf. auf 5,12 Mf. Er stieg dann bis September 1916 auf 7,55 Mf. oder um 46 Prozent gegenüber dem ersten Erhebungstage. Die größte Steigerung fand von September 1914 bis März 1915 mit 14,8 Prozent statt. Demgegenüber ist der weibliche Durchschnittslohn zunächst bis September 1914 von 2,29 auf 1,94 Mf., also stärker als der der männlichen Arbeiter zurückgegangen. Die nachfolgende Steigerung war aber um so bedeutender und hob den Durchschnittslohn auf 3,53 Mf. im September 1916 oder um 54 Prozent gegenüber März 1914. Hier erfolgte die größte Steigerung im zweiten Kriegswinter mit 18,3 Prozent. Die männlichen Arbeiter hatten also ihre Löhne im Durchschnitt um 46 Prozent gesteigert, die weiblichen um 54 Prozent. Das ist gewiß eine außerordentliche Erhöhung, die aber gegenüber einer Steigerung der Nahrungsmittelpreise in dem gleichen Zeitraum um mindestens 100 Prozent doch noch recht ungenügend ist.

In den einzelnen Industrien gibt die Entwicklung folgendes Bild:

	Männl. Arbeiter			Weibl. Arbeiter		
	März 1914	Sept. 1916	Steige- rung in o/o	März 1914	Sept. 1916	Steige- rung in o/o
Maschinenindustrie	5,33	7,89	40,0	2,28	3,88	70,2
Elektrische Industrie	4,52	7,44	64,6	2,75	4,80	74,5
Eisen- u. Metallindustrie	5,55	8,02	44,5	2,06	4,11	99,5
Chemische Industrie	5,14	6,90	34,2	2,36	3,55	50,4
Papierindustrie	3,94	5,54	40,6	2,29	2,94	27,5
Holzindustrie	4,22	5,61	32,9	1,99	2,59	30,2
Nahrungs- und Genussmittelindustrie	5,70	6,17	8,2	2,10	2,89	37,6
Leder- und Gummiindustrie	5,04	6,28	24,6	2,80	3,18	13,6
Industrie der Steine und Erden	4,45	5,40	21,3	1,67	2,19	31,1

Ende März 1914 war der Lohn für einen männlichen Arbeiter am niedrigsten in der Papierindustrie, für eine Arbeiterin in der Industrie der Steine und Erden. In der Kriegszeit ist bei den Arbeiterinnen eine geringe Verschiebung eingetreten. Am letzten Erhebungstermin (Ende September 1916) stand die Industrie der Steine und Erden nicht nur mit den Löhnen der Arbeiterinnen, sondern auch mit denen der Arbeiter an letzter Stelle. Die Papierindustrie folgt ihr allerdings gleich. Die Steigerung der Löhne ist sehr ungleich. In der Industrie der Nahrungs- und Genussmittel ist sie für die Arbeiter, in der Leder- und Gummiindustrie für die Arbeiterinnen am geringsten. Der erwähnte Industriezweig umfaßt mehrere Gruppen, die infolge Rohstoffmangels nur schwach beschäftigt waren; so die Speiseeisfabriken, die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie usw. Die zweite Gruppe steht fast noch ungenügender. Die Lederindustrie ist nicht voll und die Gummiindustrie nur zu einem geringen Bruchteile beschäftigt. Am höchsten war die Steigerung in der elektrischen Industrie für die Arbeiter, in der Eisen- und Metallindustrie für die Arbeiterinnen. Diese beiden Zweige arbeiten fast ausnahmslos für den Heeresbedarf und sind überall beschäftigt. Der Zusammenhang zwischen dem Geschäftsgang und der Steigerung der Löhne ist also unverkennbar.

Die Löhne der Arbeiterinnen sind in den meisten Industriezweigen, vor allem in der eigentlichen Nahrungsmittelindustrie, stärker gestiegen als die der männlichen Arbeitskräfte. Das könnte überraschen angesichts der Tatsache, daß die Nachfrage nach Männern allgemein stärker war als die nach Frauen. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Frauen vielfach an Arbeitsplätze für Männer rückten oder aus Zeitlohn in Akkordlohn übergingen und dadurch eine wesentliche Steigerung ihrer Löhne erzielten.

Allgemein genommen sind die Löhne in der Kriegszeit beträchtlich schneller und stärker gestiegen als in Friedensjahren. Trotzdem hat sich die Lage der Arbeitererschaft nicht verbessert, ja, deren Verfall vertieft, weil eben gleichzeitig die Preise für Lebensmittel und für allen sonstigen Wirtschaftsbedarf erheblich

mehr gestiegen sind. Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt mehr als 100 Prozent, und für Kleidung ist sie nicht geringer. Es steht heute, trotz aller Lohnsteigerungen, so, daß selbst gut bezahlte Arbeiter ihren Lohn völlig aufbrauchen für die Beschaffung von Lebensmitteln, aber nichts übrig behalten zur Ergänzung der Kleidung, des Hausrats usw. Die Unternehmerpresse, die immer über die gestiegenen Löhne flennt, ja vom Kriegswucher der Arbeiter fabuliert, mag nur einmal die amtliche Statistik zur Hand nehmen, und an Hand der ermittelten Zahlen nachrechnen, wie weit damit bei den jetzigen Preisen zu kommen. Dann wird sie bald merken, daß die Arbeiter sehr viel Grund zur Unzufriedenheit haben.

Böse Kriegsfolgen!

Ganz unabhängig von dem militärischen Ausgang des Krieges hinterläßt er allen Völkern eine Reihe von bösen Verhältnissen. Sie machen sich verschieden bemerkbar, je nachdem das betreffende Land mehr oder minder stark unmittelbar am Kriege beteiligt war. Wir meinen folgende unvermeidliche Folgen des Krieges: Verminderung der Erzeugungsmittel, Verlust an Arbeitskräften und ein Rückgang im Besitz an Kulturgütern.

Während der Kriegszeit sind fast alle vorhandenen Erzeugungsmittel, wie Maschinen, Werkzeuge, Fabrikanlagen, Werkstätten usw. außerordentlich stark benutzt, aber wenig repariert und in Ordnung gehalten worden. Viele der im Laufe der Jahre erbauten Maschinen, Apparate und allerlei Werkzeuge sind für die Friedensarbeit nur wenig zu gebrauchen. Eine große Zahl von Schiffen hat der Krieg zerstört; im Gebiete der eigentlichen Kriegshandlungen hat er auch viele Fabriken und andre Erzeugungsmittel vernichtet. Das gleiche gilt von der landwirtschaftlichen Erzeugung. In den letzten Jahren ist der Boden nicht genügend bearbeitet und nur mangelhaft geerntet worden. Teilweise sah es an Arbeitskräften, teilweise an den Düngemitteln fehl. Jedenfalls ist der Boden auf längere Zeit hinaus in seiner Ertragsfähigkeit entwertet. Hinzu kommt der Verlust an zerstörten Kulturgütern, die in gewissem Umfang auch noch als Erzeugungsmittel in Betracht kommen, wie z. B. Wohngebäude, Straßen, Brücken, Eisenbahnen, Wälder, durch Kriegsbaumerke und kriegerische Verwüstungen entwertetes Ackerland usw. Insgesamt erbringt sich eine gewaltige Summe des Verlustes an Erzeugungsmitteln und an Gütern selbst. Dieser Gesamtverlust wird noch erhöht durch den Mangel an Rohmaterialien und der Erschöpfung ihres Vorratens, weil es an genügenden Transportmitteln fehlt.

Dieser gesamte Ausfall an Gütern und Erzeugungsmitteln würde auch dann nicht aufgehoben sein, wenn alle Arbeitskräfte einmündig geblieben wären, also nicht bezahlt zu werden brauchen. Auch kann noch bliebe der geschädigte Verlust an Erzeugungsmöglichkeiten und Gütern. Daraus ergibt sich klar und deutlich, daß wir nach dem Kriege mit erheblich weniger Arbeitskräften zunächst gewaltige Summen von Arbeit zu leisten haben, um vorerst nur wieder auf den Standpunkt der früheren Erzeugungsgrenze zu gelangen; wir müssen mehr arbeiten und außerdem die Lebenshaltung einschränken. Es gibt nichts, was uns vor dieser Zwangslage schützen, an ihr vorbeizuhelfen könnte.

Die Voraussetzungen unseres wirtschaftlichen Daseins sind aber noch erheblicher erschwert als in den herausgestellten Verhältnissen zum Ausdruck kommt. Die Kriegsschulden verheeren mittelbar und unmittelbar in starker Weise jede Erzeugung. Die Schulden müssen verzinst und abgetragen werden, sei es in der Form von direkten oder indirekten Steuern. Die direkten Abgaben werden größer werden, mehr noch wird das Volk an Steuern und Abgaben auf Lebensmittel und sonstige Bedarfsgüter, an höheren Eisenbahntarifen usw. zu tragen haben. Die Verwertung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hinterläßt uns weiter als dauernde Last eine Steigerung der Bodenrente, die ein Sinken der Preise für Lebensmittel verhindert. Schließlich muß auch noch erwähnt werden, daß uns aus der Verpflichtung für die Kriegsschulden und die unterjochten Hinterbliebenen der Gefallenen eine erhebliche Dauerlast bleibt, die ebenfalls aus dem Ertrage der Arbeit des verminderten Arbeiterkammes bestritten werden muß.

Es ruht gar nichts, sich diesen Verhältnissen gegenüber die Augen zu verbinden; wir können der gezeichneten Zwangslage nicht entkommen; wir müssen uns mit ihr abfinden. Nur auf das wie kommt es nun an! Wer auch nur hin und wieder mal einen Blick in die Presse der Unternehmer wirft, der wird finden, daß man sich dort mit all den Fragen mehr oder minder offen eifrig beschäftigt. Nicht unter dem Gesichtswinkel, den wir als förderlich für das allgemeine Wohl betrachten können, sondern ganz ausgesprochen aus den Bestrebungen heraus, die unermesslichen Lasten möglichst reiflos auf die Arbeitererschaft abzuwälzen. Zu ihrem Nachteil soll das Kapital und der kapitalistische Profit gesichert und geschützt werden. Das Bestreben ist schließlich der Unternehmer Recht. Die Arbeiter haben selbstverständlich das gleiche Recht, nämlich ihr Interesse in den Vordergrund zu stellen; sie haben nicht nur das Recht, nein, sie haben die Pflicht dazu; denn ihr Wohl ist gleich mit dem Wohle der Gesamttheit, und der Gesamttheit Wohl hat unzweifelhaft dem eines kleinen Volksteils voranzujagen.

Jetzt wollen wir uns jedoch nur mit einer besonderen Seite der Sache beschäftigen. Fortgesetzt hört man aus dem Lager der Unternehmer die Forderung, die Löhne der Arbeiter müssen mit Beginn der Friedenswirtschaft stark herabgesetzt werden, anders kann die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig werden! In der „Deutschen Arbeiterzeitung“ wird behauptet, die Löhne seien unzureichend hoch, nicht selten betragen sie das Doppelte und Dreifache des letzten Friedenslohnes. Die Forderung der Erhöhung der Löhne richtet sich aber nicht lediglich gegen einige Ausnahmen in den Lohnsteigerungen, es soll vielmehr das ganze Lohnniveau herabgedrückt werden, um eben, wie die Unternehmer sagen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt zu stärken. Von einer Beschränkung der Gewinne zugunsten der Konkurrenzfähigkeit spricht man nicht.

Den Unternehmern erscheint es natürlich förderlich, das Ziel der Herabsetzung der Erzeugungslöhne zu erreichen, ohne damit die ganze Arbeitererschaft geschloßen zum Widerstand aufzureizen. Und man hat ein Mittel, um das zu verhindern. Man braucht nur die Arbeitererschaft zu spalten, aus ihr verschiedene Interessengruppen zu machen, die man gegeneinander ausspielen kann. Dergleichen Mittel hat man schon immer angewendet: Gründung gelber Gewerkschaften, christlicher Organisationen, das Hinzuziehen der Religion in die Interessengruppen der Arbeiter (nicht in die der Unternehmer). Jetzt soll noch ein anderes Mittel hinzukommen, eins, das gefährlich werden kann, wenn die Arbeitererschaft die Gefahr nicht erkennt und diese abzuwehren verliert.

Wie in der „Arbeiterzeitung“ auseinandergelegt wird, ist eine Erhöhung der Lohnkosten und ist daher zu erreichen durch „planvolle Anwendung des bekannten Taylorsystems“. Die ganze Warenherstellung soll mehr mechanisiert werden. Das kann geschehen durch ausgedehntere Anwendung von Maschinen, die Maschinenhande ersetzen. Soweit damit ein Fortschritt in der Produktion, eine Verminderung der erforderlichen Mengenarbeit verbunden ist, läßt sich von unserm Standpunkt aus dagegen nichts einwenden. Worin es hier ankommt, ist folgendes: Es wird vorgeschlagen, Nacharbeiter in ordentlicher Uniform durch unvollständigen männ-

liche und weibliche Arbeitskräfte zu erhalten. Das soll natürlich geschehen, um die Löhne für den ermöglichten zu können. Die Arbeiter an den wichtigsten Funktionen sollen jedoch weiter hoch bezahlt werden. Kurz und gut, die ganze Wirtschaft läuft darauf hinaus, das Taylor-System dazu auszunutzen, die Arbeiterschaft in schärfere Weise in verschiedene soziale Gruppen zu teilen, in Gruppen mit verschiedenen Interessen. Mit solcher sozialer Schichtung würde das Solidaritätsgefühl geschwächt. Die Gruppe, die oben steht, bleibt wirtschaftlich ziemlich günstig gestellt, viel günstiger als die große Schicht derer, die unten bleiben müssen. Aber da in dieser großen Schicht ein stets genügend großer Stamm von Leuten vorhanden ist, der zu jeder Zeit die Tätigkeit der Bevorzugten übernehmen kann, so müssen die Begünstigten sich in jeder Beziehung den Wünschen der Unternehmer fügen, wenn sie nicht in die tiefere soziale Stufe hinabgedrückt werden wollen. Und die anderen, die hinaufstreben, müssen erst recht artig und willenslos sein, um die Unwertschätzung auf den möglichen Aufstieg nicht einzubüßen.

Es ist wirklich nicht schwer, einzusehen, daß mit der unrichtigen Gestaltung der Verhältnisse für die Arbeiterschaft eine schwere Gefahr erwächst. Wie soll ihr vorgebeugt, wie sie wenigstens gebämpft werden? Vor allen Dingen ist Aufklärung notwendig. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß sie sich nicht gegeneinander gebrauchen lassen darf, wenn sie sich nicht selbst schädigen, zum Spielball des Kapitals machen lassen will. Was den Interessen des Kapitals dient, das schlägt stets irgendwie zum Nachteil der Arbeiter aus. Eine bewusste Stärkung des Solidaritätsbewußtseins innerhalb der gesamten Arbeiterschaft ist die geistige Abwehr der herausgestellten Gefahren. Die materielle Abwehr liegt in der Stärkung der Organisation. Unterbleibt die unerlässliche Abwehrmaßnahme, dann wird die größte Last, die der Krieg hinterläßt, vorwiegend auf der größeren Teil der Arbeiterschaft abgeladen, den man mit Hilfe einer besser gestellten, verhältnismäßig dünnen Oberschicht in die Gewalt des Kapitals zwingt. Wie man in kapitalistischen Kreisen über die Verteilung des Arbeitsertrages denkt, das wird ebenfalls in der „Arbeitsverteilung“ dargelegt. In der Nr. 33 des Blattes kann man folgendes wirtschaftliche Glaubensbekenntnis lesen: Wenn der Unternehmer aus dem Arbeitsprodukt 20 Mt. erhält, der Arbeiter nur 1 Mt., dann ist eben die Arbeitsleistung des Unternehmers 20mal so viel wert als die des Arbeiters. Der Aktionär also, der so viel an Dividenden bekommt wie 100 Arbeiter an Lohn, hat nach der Aufjassung dieser Wissenschaft ebenso viel geleistet wie 100 Arbeiter, obwohl der Aktionär Tätigkeit doch lediglich darin besteht, die Gewinne einzusackeln. Und wenn durch scharfen Lohndruck die Dividende größer wird, oder auch durch Steigerung der Warenpreise, dann ist nach der angezogenen Meinung die Leistung der Unternehmer größer geworden. Daß die Arbeiterschaft bei solcher Aufjassung der Dinge damit rechnen muß, daß das Kapital keine andere Erwägung kennt als die, den Gewinn auf Kosten des Arbeiters zu erhöhen, das kann natürlich niemand bezweifeln.

Der Arbeiter kann daher nicht auf Wohlwollen bauen, nicht auf Gerechtigkeit, nicht auf soziales Erwägen, er muß den dem Kapital innewohnenden Kräften, die seinen Interessen entgegenstehen, die bewusste Macht der Solidarität, gegründet auf einer starken, geschlossenen Organisation, gegenüberstellen.

Aus solcher Erkenntnis ergeben sich von selbst die zu lösenden Aufgaben.

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Die chemische Industrie im Jahre 1916.

II Die Zahl der Unfälle.

Die Zahl der gemeldeten Unfälle betrug 14 908 gegen 12 401 im Jahre 1915. Entschädigungspflichtig wurden 2058 Unfälle gegen 1549 im Jahre vorher. Die Steigerung ist nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter vorhanden. Auf je 1000 beschäftigte Personen wurden 57,03 Unfälle gemeldet gegen 55,55 im Jahre zuvor und 7,49 entzündigt gegen 6,91 im Jahre 1915. Besonders stark gestiegen ist die Zahl der tödlichen Unfälle. Im Jahre 1914, dem ersten Kriegsjahre, wurden 168 Personen tödlich verletzt, im zweiten Kriegsjahre 299, im dritten aber 389. Diese Vermehrung der tödlichen Unfälle ist in erster Linie zurückzuführen auf die überaus starke Steigerung der Arbeiterzahl und der Arbeitsgefahren in der Sprengstoffindustrie. Im Friedensjahr 1912 verunglückten durch Sprengstoffe in der chemischen Industrie nur 23 Personen, im Berichtsjahre 1916 dagegen 206 Personen.

Die Ursachen der Unfälle.

Die folgende Zusammenstellung zeigt, bei welchen Arbeitsverrichtungen und Arbeitsmaschinen sich die Unfälle ereigneten. Im Bericht der Berufsgenossenschaft ist diese Aufstellung noch weiter zergliedert; hier muß die Zusammenfassung in Gruppen genügen. Die beiden ersten Rubriken verzeichnen die gemeldeten, die beiden nächsten die entzündigten bzw. ent-

schädigungspflichtigen Unfälle, und die beiden letzten die Todesfälle.

Es ereigneten sich Unfälle bei	Zahl der Unfälle überhaupt			Von den Unfällen waren entschädigungspflichtig			Von den Unfällen waren tödlich		
	1914	1915	1916	1914	1915	1916	1914	1915	1916
Motoren	42	43	41	12	8	8	1	3	2
Transmissionen	160	123	155	38	43	42	5	7	6
Arbeitsmaschinen	1313	1491	1861	254	242	336	6	9	11
Hebemaschinen	276	243	316	57	34	66	9	2	12
Kochapparaten	49	27	44	12	8	5	5	3	2
Sprengstoffen	122	763	942	40	238	307	27	161	206
Feuergefährlichen, heißen und ägenden Stoffen	2077	2037	2403	254	213	299	52	50	72
Zusammenbrüchen	1078	853	1200	152	96	108	6	9	5
Fall durch Fallen, von Leitern	2014	1676	1837	310	227	268	16	19	17
Aus- und Abladen mit der Hand	2170	1877	2327	197	136	202	0	5	8
sonstigen Verletzungen	3980	3169	3776	455	308	417	35	31	48

Eine erhebliche Steigerung der Todesfälle ist außer durch Sprengstoffe noch durch feuergefährliche, heiße und ägende Stoffe herbeigeführt worden. Wahrscheinlich ist das eine Folge der vermehrten Erzeugung von gasförmigen, ägenden und brennenden Kriegskampfmitteln. Mehr als die Hälfte aller Todesfälle durch Sprengstoffe im Bereich der Berufsgenossenschaft fällt auf die Sektion Köln, die 113 solcher Unfälle verzeichnet; in weitem Abstand folgt Hamburg mit 28.

Die Art der Verletzungen.

Ueber die Art der Verletzungen wird im Bericht mitgeteilt, daß 1650 Personen am Kopf, 5896 an den Händen oder Armen, 3926 an den Füßen oder Beinen, 3002 an anderen Körperteilen oder mehrfach verletzt wurden. Durch giftige Gase oder Dämpfe wurden 225 Personen verletzt.

Alter und Geschlecht der Verletzten.

Nach Alter und Geschlecht verteilen sich die gemeldeten Unfälle auf 11 310 erwachsene männliche, 2527 erwachsene weibliche, 599 jugendliche männliche und 146 jugendliche weibliche Personen. Da sich an diesen Zahlen bis zu einem gewissen Grade die veränderte Zusammenstellung der Arbeiterschaft ablesen läßt, sollen sie hier mit den entsprechenden Angaben für einige frühere Jahre zusammengestellt werden.

Es betrafen die gemeldeten Unfälle:	Absolute Zahlen.		Verhältniszahlen.	
	Erwachsene männl.	Zu erwachsene weibl.	Erwachsene männl.	Jugendliche
1914	11 670	826	347	91
1915	10 226	1321	481	79
1916	11 310	2527	599	146

Der Anteil der verletzten erwachsenen männlichen Arbeiter ist in den drei Kriegsjahren dauernd gesunken; der Anteil der weiblichen und jugendlichen Arbeiter dagegen ist gestiegen. Es werden eben jetzt, wie ja auch einkleitend im Bericht betont wird, mehr weibliche und jugendliche Arbeitskräfte beschäftigt.

Angaben über die Zeit der Unfälle.

Bemerkenswert ist auch eine Zusammenstellung der Unfälle nach den Wochentagen, an denen sie sich ereigneten. Es ist ja bekannt, daß in der Unfallstatistik ganz allgemein der Montag als der Tag mit der höchsten Unfallziffer bekannt ist. Das wird meist zurückgeführt auf die Ermüdung infolge der Zerstreutheit oder des Alkoholgebrauches am Sonntag. Tatsächlich ist die höhere Unfallziffer des Montags andre Ursachen. (Zubereitungen der Maschinen, Riemen auflegen, Antritt neuer Arbeitskräfte usw.) In der chemischen Industrie ist übrigens der Montag nur in vereinzelten Jahren mit der höchsten Unfallziffer befallen. Für 1916 steht der Montag sogar neben dem Sonnabend, der als Vergleichenstag nur bedingt zulässig ist, weil er in den meisten Betrieben eine oder einige Arbeitsstunden weniger hat, am günstigsten da. Die meisten Unfälle hat der Dienstag, dann folgen Mittwoch und Donnerstag, mit gleichem Stand. Die Unterstehende sind jedoch gering, wie folgende Zusammenstellung zeigt.

Von je 100 Unfällen ereigneten sich:

Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonntag abend	Unmittelbar
2,82	16,23	15,71	15,96	15,32	16,43	15,60	1,93
3,45	16,42	16,28	15,50	15,79	16,11	15,21	1,21
4,18	15,57	16,23	16,20	16,20	15,77	14,79	1,06

Daß auf den Sonntag eine wesentlich gestiegene Zahl von Unfällen kommt, ist eine Folge der vermehrten Sonntagsarbeit. Die Verchiebungen an den Wochentagen haben keine klar erkennbare Ursache.

Von der Zusammenstellung der Unfälle nach der Tageszeit, die der Bericht der Berufsgenossenschaft noch enthält, schreiben wir schon im Vorjahre, daß sie wertlos ist, weil sie den Tag in vier gleiche Teile à 6 Stunden zerlegt ohne Rücksicht auf die tatsächliche Gliederung des Arbeitstages. Man kann z. B. aus der Tatsache, daß sich in der Zeit von 6 bis 12 Uhr vormittags 42,99, von 12 bis 6 Uhr nachmittags dagegen 36,08 vom Hundert aller Unfälle ereignen, gar keine Rückschlüsse ziehen. „In den sechs Vormittagsstunden ist nur die Frühstückspause, in den sechs Nachmittagsstunden aber neben der Vesper- die Mittagspause enthalten, die selbstverständlich die Unfallziffer für diesen Zeitraum herabdrückt. Es läßt sich jedoch nicht ausmessen oder ausrechnen, um wieviel, und deshalb ist die ganze Zusammenstellung wertlos, solange sie nicht nach kürzeren Tagesabschnitten, am besten nach Tagesstunden, gegliedert ist.“ Auch eine weitere Zusammenstellung nach Monaten vermittelt keinerlei Aufschluß über die Einwirkung etwa der Jahreszeit auf die Unfälle, weil die Arbeiterzahl nicht in allen Monaten gleich ist.

Die Gesamtsumme aller von der Berufsgenossenschaft im Jahre 1916 zelektierten Entschädigungen betrug 3 644 068 Mt. Davon wurden 2 330 343 Mt. als Renten an Verletzte gezahlt. Witwen und Kinder erhielten zusammen rund 909 500 Mt. als Rente.

Krieg und Unfallverhütung.

Ueber die Unfallverhütung und den Unfallschutz enthält der allgemeine Bericht einige Bemerkungen, deren Weitergabe nötig erscheint. Einleitend wird auf die außergewöhnlichen Verhältnisse, die der Krieg hervorgerufen hat, verwiesen und dabei zugegeben, daß infolge des immer empfindlicher hervortretenden Mangels an Materialen für die Anfertigung neuer und die Ausbesserung schadhast gewordener Schutzvorrichtungen die Unfallverhütung in den Betrieben nicht mit derselben Sorgfalt und demselben Erfolg durchgeführt werden konnte wie in Friedenszeiten. „Wer, wie wir, die Unfallverhütung schon in Friedenszeiten für unzureichend erachtete, wird diese Verschlechterung doppelt bedauern. Der Bericht betont dann, daß die meisten Unternehmer bemüht gewesen sind, bei Betriebsveränderungen oder Neubauten die Unfallverhütungsvorschriften zu erfüllen, fügt dann aber hinzu:

„Allerdings hat es auch nicht an Fällen gefehlt, ... daß ganze Anlagen im Widerspruch mit den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften ausgeführt wurden, ohne daß die Berufsgenossenschaft im Hinblick auf die überwiegenden Interessen der Landesverteidigung in der Lage gewesen wäre, etwa die zwingende Einstellung der Betriebe durchzuführen. Auch solche Fälle, in denen jenseits der Generalkommandos den Betriebsunternehmern Zwangsmaßnahmen angedroht wurden, sofern sie nicht die Fabrikation nach den von der Militärbehörde genehmigten, den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft aber nicht entsprechenden Plänen auszuführen bereit waren, sind vorgekommen.“

Danach wird auch in Sachen des Unfallschutzes gegeneinander regiert. Die militärischen Behörden, denen auf dem Gebiete des Unfallschutzes jede Erfahrung fehlt, genehmigen Bauten, die den Unfallverhütungsvorschriften nicht entsprechen, und zwingen dann die Unternehmer, in diesen unvorschriftsmäßigen Bauten arbeiten zu lassen. Die Berufsgenossenschaft aber steht hilflos daneben und muß sich damit bescheiden, die Kosten zu tragen für die Unfälle, die durch unverantwortliche militärische Maßnahmen herbeigeführt werden. Die Arbeiterschaft aber muß Gesundheit und Leben in Gefahr bringen, weil — nun eben weil die militärischen Stellen allmächtig sind und auf die in Jahrzehnten erworbenen Erfahrungen der zuständigen Stellen pfeifen dürfen. Es wäre recht lehrreich, wenn die Berufsgenossenschaft einmal bekannt geben würde, welche Generalkommandos in Frage kommen und um welche Betriebe es sich handelt. Uns sind in der Kriegszeit einige

Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe.

In der Industrie und sonst zum Zweck der Warenproduktion werden durch verschiedenartige Verfahren Gase erzeugt, oder es treten, wie bei den Arbeitern im Bergbau und Bannern, vielfach natürliche Gase zutage, die je nach ihrer Art, auch eine gewerbliche Verwendung finden. Wie aber die Erfahrungen lehren, können diese Gase durch ihren Giftgehalt den Beschäftigten durch geschädigt und lebensgefährlich werden. Es sind es Gase, die entstehen bei einzelnen Prozessen oder bei der ganzen Produktionsprozesse, die in der Eigenart oder in der Wirkung des Materials ihre Ursachen finden. Es sind demnach dabei zu unterscheiden jene, die als Gas als Produkt, Nebenprodukt oder als unerwünschtes Nebenprodukt in Frage kommen.

Wie Gase von hohen Temperaturen oder aus Gasen entstehen werden durch das Destillieren, Sieden, Reife, Schmelzen, Erhitzen und Vulkanisieren, die alle eine gewisse Energie voraussetzend verändern oder zerlegen, während auch ungelöste Gase durch niedrige Temperaturen aus verdunsteten oder komprimierten Gasen zu flüssigen oder festen Körpern umgewandelt werden können. Wie auch heute am häufigsten bei Sauer-, Stick-, Kohlenstoff- und Kohlenwasserstoffen, so wird ein Körper als gasförmig bezeichnet, wenn er weder eine bestimmte Gestalt noch ein bestimmtes Volumen (Raumfülle, Ausmaß) hat, wenn er sich nach allen Seiten ausbreitet, bis ihn feste Wände oder sonstige Hindernisse daran hindern. Im Zusammenhang mit der gewerblichen Produktion sind vor allem jene Gase zu nennen, die durch die Erzeugung von Wärme, Licht, Dampf, Elektrizität, Gasen, Kohlenwasserstoffen, Alkoholen, Säuren, Alkalien, Salzen, etc. entstehen. Diese Gase sind in der Regel giftig und können durch die Einwirkung der Wärme, des Lichts, der Elektrizität, der Säuren, Alkalien, Salze, etc. in giftige Verbindungen übergehen. Die Giftigkeit dieser Gase ist durch die Art der Erzeugung, die Art der Verwendung, die Art der Abfuhr, etc. bedingt. Die Giftigkeit dieser Gase ist durch die Art der Erzeugung, die Art der Verwendung, die Art der Abfuhr, etc. bedingt.

Arbeiten der gewerblichen Arbeiter. Die „Fabrikanten“ sind dadurch ein besonderer Casus und der Gegenstand der Sammlung praktischer Erfahrungen für die Gewerbehygiene und Sozialmedizin geworden. Wissenschaftler von ihm wie Professor Sommerfeld (Berlin), Dr. Rombow (Wien), Professor Lewin (Berlin) und andre betätigen sich heute auf diesem Gebiet. Schon im Jahre 1898 konnte Sommerfeld in seinem Handbuch der Gewerbehygiene auf die „hohe sanitäre Bedeutung der professionellen Fabrikanten“ hinweisen, „welche vorwiegend durch Einwirkung von Gasen und Dämpfen, zum Teil auch durch das Eindringen feiner Partikelchen in den Körper zustande kommen“. Sommerfeld verbanden wir auch den Umstand einer „Lage der gewerblichen Gase“, die nach einer Untersuchung mit dem Generalinspektor Dr. Jäger und nach Durchsicht eines hundertjährigen Protokolls im Dezember 1911 zur Bekämpfung der Giftgefahren von der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz der Öffentlichkeit übergeben wurde und als Leitfaden besonders zu benutzen ist. Nach Jäger sind damit als gewerbliche Gase diejenigen Kohlenstoff-, Erden-, Gase, Säuren- und Abfallstoffe zu bezeichnen, die bei ihrer Gewinnung, Verfertigung und Verwendung im Gewerbebetrieb bei Beachtung der üblichen Vorsichtsmaßnahmen in solchen Mengen in den Körper eintreten können, daß sie die Gesundheit des werktätigen Arbeiters auf gewöhnlichem Wege gefährden. Im Jahre 1902 wurde von Rombow eine Arbeit unter dem Titel „Giftige Gase in gewerblichen Betrieben“ veröffentlicht. Danach sind folgende bei den Giftigen folgende Wirkung: 1. Auf den Atmungsapparat (Atmungsorgane) und dessen Schleimhäute (Verätzung, Reiz, Entzündung); 2. auf die Überträger des Gases (Blutwirkung); 3. Gewöhnlich (spezifische innere Einwirkung) auf einzelne Organe und Organsysteme. In gewerblichen Betrieben sind diese Giftigen durch die Tätigkeit der Arbeiter in ihnen bedeutungsvollen Vorkäufen im Jahre 1901 im Reichsversicherungsamt und im Februar 1910 im Verein der Gewerbehygieniker für Grunduntersuchungen und Erfahrungen zum Ausdruck. Bei den Vorkäufen im Reichsversicherungsamt lag das Thema: „Die Grundlagen für die medizinische und rechtliche Beurteilung des Zusammenhanges und des Verlaufs von Vergiftungs- und Verätzungserscheinungen in Betrieben“, und bei den Chemikern behandelte er: „Das Zusammenhänge von Vergiftungen in gewerblichen Betrieben und die Wege dazu“. Nach der 2. internationalen Konferenz für Rettungswesen 1913 in Wien beschäftigte sich mit den gewerblichen Gassen. Hier war es der Generalinspektor Dr. Schindl (Wien), der, unterstützt mit ausgearbeitetem Material und persönlichen Erfahrungen über „Unfallgefahren und Gesundheitsgefährdungen sowie der Verhütung in gewerblichen Betrieben“ referierte. Diese wichtigsten Darstellungen lassen sich im folgenden zusammenfassen:

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingetragenen Umfanges des Gases oder Dampfes unterscheidet man acute und chronische Vergiftungen. Acute Vergiftungen sind die Gesundheits- oder Lebensgefährdungen, welche durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeit-

raum eintreffendes Eindringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden, wo hingegen die durch langsame auf einen längeren Zeitraum sich ausdehnende und oft wiederholende Aufnahme von geringen Quantitäten giftiger Stoffe herbeigeführte Gesundheitsgefährdung als chronische Vergiftung oder Berufskrankheit aufgefaßt und deshalb ein nicht entschädigt wird. Die unheimliche Gewalt des Vergiftungs Vorganges kommt nicht immer gleich zum Ausdruck. Nach der kurzgefaßten Form in der Mitteilung der Internationalen Vereinigung für gewerblichen Arbeiterschutz mit zum Beispiel die acute Vergiftung durch Arsenverbindungen (Artenbergwerke, Glasfabrikation, Fabrik von farbigen Kreide, Herstellung von Leuchtgasen, wie Schwefelwasserstoff Grün usw.) meist erst nach einer halben bis einer Stunde in die Erscheinung und nimmt dann folgenden Verlauf: Zusammenstürzen des Schwindes, Schmerzen im Magen und Unterleib, Erbrechen, Durchfall, Krämpfe, kalte bläuliche Haut, Wadenkrämpfe, Erstarrung der Herzstätigkeit, Schwindel, Kopfschmerz, Ohnmacht, Phantasieren, Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Tod, mitunter choleraähnliche Erscheinungen. In leichteren Fällen: Brennen im Halse, Erbrechen, Speichelfluß, Schling- und Magenbeschwerden. Die chronische Vergiftung kommt zum Ausdruck durch anhaltende hartnäckige Kopfschmerzen mit Verminderung, Unlust zur Arbeit und Schlaflosigkeit, fern gasartige Störungen, wie Erbrechen und Durchfall, die zu Abmagerungen und Kräfteverlust führen, hartnäckige taubheitliche Erscheinungen der Schleimhäute, wie Schnupfen, Hals- und Luftröhrenentzündung. Häufige Entzündungen der Haut auch mit Geschwürbildungen. Ausfallen der Haare und Nägel, Melanoie, d. h. Einlagerung eines bräunlichen nicht arjenhaltigen Farbstoffes am Halse, Kinn und an anderen Gliedmaßen. In schweren Fällen Störungen des Zentralnervensystems, Schwäche in den Muskeln, sind auch ein- und doppelseitige Lähmungen, wozu sich noch oft eine Reizbarkeit oder ein Verlust der Sehkraft einstellt. — Als äußerst gefährlich sind die folgenden Vergiftungsgefahren anzusehen, wobei in Einzelfällen einzelne Verwendungsorten und Entstehungsursachen angegeben sind: Ammoniak (Gasankern, Farbenindustrie, Kalkreinigung, Verzinnen von Eisenblech, Ethylalkoholindustrie), Arsenwasserstoff (Löt- und Bleizinn von Metallen), Benzol, Chlor- und Cyanverbindungen (Garn-Flanellherstellung). Desgleichen Fluorwasserstoff (Glasfabrikation usw.), Phosphor (Glasfabrikation bei Gasen, Glycerin, Bergwerken usw.), Kohlenäure, Methylalkohol (Firnissfabrikation, Denaturieren von Spiritus, Alkoholverfahren usw.), Nitrobenzol, Nitroglycerin, Nitroso (Nitrosstoffe kommen bei der Sprengstoff- und Munitionsherstellung in Betracht). Im weiteren die Vergiftungen durch Phosphor, Phosphor, Schwefel, Quecksilber, Kupfer, Zinn- und Sprengstoffe usw.), Salzsäure, Schwefelchlor, Schwefelwasserstoff, Schwefelwasser, Schwefelwasser. In der übergroßen Zahl der Fälle erzeugt die acute und die chronische Vergiftung recht qualvolle Leiden.

größere Unfälle bekannt geworden, bei denen unvorschriftsmäßige bauliche Einrichtungen zu schweren Folgen geführt haben.

Der Bericht teilt dann noch mit, daß im Laufe des Jahres 1916 eine größere von der Berufsgenossenschaft zusammenberufene Versammlung „aller beteiligten Kreise“ stattgefunden hat.

Auf den Bericht der technischen Aufsichtsbeamten der Berufsgenossenschaft kommen wir demnächst zurück.

Großzügigkeit chemischer Kapitalisten.

Vor einigen Wochen zeigten wir an einigen Beispielen die Großzügigkeit chemischer Kapitalisten. Heute können wir auf ein neues verweisen.

Papier-Industrie ***

Eine Kritik zur Capetenmusterfrage.

Bekanntlich haben die organisierten Unternehmer der Tapetenindustrie bei Kriegsausbruch beschlossen, keine neuen Tapetenmuster herauszugeben.

Die Wirkungslosigkeit der Kritik aus den Kreisen der Tapetenarbeiter und Tapetenhändler hat bewiesen, daß die Führer der Unternehmerrorganisationen Verursachern sind in der Musterfrage.

„Das einzige, was einige Tapetenfabrikanten in dieser kriegerischen Zeit notgedrungen veranlaßt hat zu tun, war die Herausgabe der sog. „Kriegskollektion“.

„Über wie drei und mehr Feldgrane vor einer Feldkanone das Ziel ausrichten und nebenan steht der wachere Seemann, der treu die Seewacht hält.“

Mit Recht schreibt der Kritiker der Malerzeitung, daß derartige Muster „absolut gar keinen Anspruch auf ästhetische Feinheit und Farbenstimmung haben“.

Arbeitskräfte gesucht bei hohem Lohn!

Sehr häufig findet man bei Stellenangeboten die Bezeichnung: „Gesucht bei hohem Lohn“. Durch diesen Zusatz soll der Anschein erweckt werden, als ob die Arbeitskräfte suchende Firma geneigt sei, ihre Arbeiter besonders gut zu bezahlen.

und Wellpappenfabrik in Lübbecke, die in Nr. 36 des „W. f. P.“ folgendes Inserat losläßt:

„Militärfreier Maschinenführer“

gesucht, auf Strohh- und Schrempfpapier gut eingearbeitet, bei hohem Lohn. Dauernde Stellung. Angebote mit Zeugnisabschriften an die Bremer Papier- und Wellpappenfabrik A.-G. in Lübbecke i. Westf.“

Diejenigen Papierarbeiter, die mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in der Bremer Papier- und Wellpappenfabrik in Lübbecke verunzufrieden sind, schütteln über den angebotenen „hohen Lohn“ ungläubig lächelnd den Kopf.

Diese Löhne verdienen, selbst mit Rücksicht darauf, daß Lübbecke ein Landstädtchen ist und daher die fabelhaften Mietpreise der Großstädte noch nicht erreicht hat.

Wahrscheinlich haben der Firma bei Aufgabe der Anzeige die Löhne der Aktionäre, Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder vorgeschwebt, denn diese können mit Recht als „hoch“ bezeichnet werden.

Die Lübbeckeschen Lohnverhältnisse treffen noch auf Hunderte von andern Büden der Papierindustrie zu, trotz der von den Unternehmern behaupteten „hohen Arbeitslöhne“.

Ohne gewerkschaftlichen Kampf keine ausreichenden Löhne. Dieser Grundsatz steht derart fest, daß er selbst von Unternehmern anerkannt werden muß.

Spart Papier!

Die Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs erläßt zur Zeit einen Aufruf, in dem sie zur sparsamen Verwendung des Papiers im Geschäfts- und Privatverkehr auffordert.

der Bekanntheit in den Fach- und Tageszeitschriften noch nicht zu machen. Nach wie vor erscheinen in diesen Zeitungen Anzeigen in einer Ausmaßung, die ruhig als eine Papierverschwendung bezeichnet werden kann.

Andere Firmen bringen noch immer vielstellige Anzeigen mit wenigen Worten, um ihren Bekanntheit zu befriedigen. Um nur eine dieser Anzeigen unter den vielen herauszugreifen, sei auf eine Anzeige der Firma Pfützer u. Co. in Nürnberg hingewiesen.

Keramische Industrie

Gute Geschäftsabschlüsse in der oberschlesischen Zementindustrie.

Für die oberschlesische Zementindustrie, die in den Kreisen Oppeln und Groß-Strehly heimisch ist, hat das Geschäftsjahr 1916 bessere Ergebnisse gezeitigt als die ersten beiden Kriegsjahre.

Der Höhe des verfügbaren Aktienkapitals nach steht an der ersten Stelle die Schlesische A.-G. für Portland-Zement-Fabrikation zu Groszowitz. Bei einem Aktienkapital in Höhe von 4 700 000 Mk. ist im Geschäftsjahr 1916 ein Bruttogewinn von 1 376 445 Mk. erzielt worden.

Die Ober-schlesische Portland-Zement-Fabrik vorm. J. W. Grundmann konnte für das letzte Geschäftsjahr sechs Prozent Dividende (4 Prozent i. B.) gegen 10 Prozent in dem letzten vollen Friedensjahre bei mäßig erhöhten Abschreibungen verteilen.

Bei den Schimshower Portland-Zement-, Koks- und Ziegelmwerken hat sich der Abfall von Zement und Kalk im Geschäftsjahr 1916 gehoben.

Ein recht günstiger Abschluß weist die „Silesia“, Neue Oppelner Portland-Zement-Fabrik, die ebenfalls mit 2 500 000 Mark Aktienkapital arbeitet, auf. Reford-

Bruttogewinn von 1 558 415 Mk. geht um mehr als eine Million über das Vorjahr hinaus (338 400 Mk.). Die Abschreibungen wurden mit 286 472 Mk. mehr als verdoppelt (124 184 Mk. i. V.), obgleich die Fabrik nur während eines Teils des Jahres im Betriebe war. Es verblieb ein Reingewinn von 785 558 Mark (279 974 Mk. i. V.). Die Prozentige Dividende erforderte 200 000 Mk., während mehr als das Doppelte dieser Summe auf neue Rechnung vorgetragen worden ist (454 284 Mk. gegen 121 474 Mk. i. V.). Es könnte also weit höhere Dividende zur Auszahlung gelangen. 1915 betrug die Dividende 6 Prozent, im Friedensjahre 1913 - 13 Prozent.

Die Gogolin-Goraszewer-Kalk- und Zementwerke, A.-G., sind in der Hauptfrage für Heeresbedarf beschäftigt. Aktienkapital 2 100 000 Mk. Reingewinn 288 818 Mark, wovon 10 Prozent Dividende gleich 210 000 Mk. zur Ausschüttung gekommen sind. Lantime am Vorstand, Beamten und Aufsichtsrat 45 493 Mk.

Die Oberösterreichischen Portland-Zement- und Kalk-Werke A.-G. zu Groß-Strehly haben bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark einen Bruttogewinn von 470 436 Mk. (gegen 363 687 Mk. i. V.) zu verzeichnen gehabt. Nach Abzug der Unkosten von 185 751 Mk. (144 096 Mk.) sowie der Abschreibungen in Höhe von 120 224 Mk. (120 367 Mk.) stellt sich der Reingewinn auf 164 461 Mk. (gegen 99 233 Mk. i. V.). Die Dividende wurde auf 6 Prozent festgesetzt (gegen 3 Prozent 1915, 7 Prozent 1914 und 10 Prozent 1913). Auf die sechste Kriegsanleihe hat die Gesellschaft 100 000 Mk. gezeichnet. Auf Verlangen teilte der Vorstand in der Generalversammlung mit, daß bei steigenden Verkaufspreisen die Aktionäre auch für das laufende Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis erwarten können. Dem gegründeten Norddeutschen Zementverbande ist die Gesellschaft beigetreten in der Erwartung, daß dieser Zusammenschluß eine Zeit ruhiger Entwicklung für die Zementindustrie bringen wird.

Die Portland-Zement-Fabrik „Stadt Duppeln“, A.-G., weist bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark eine bedeutende Erhöhung des Bruttogewinnes (972 870 Mark gegen 684 983 Mk. i. V.) auf. Nach Abschreibungen von 140 000 Mk. (100 244 Mk. i. V.) verblieb ein Reingewinn von 134 806 Mk., aus dem 5 Prozent Dividende gleich 100 000 Mark (2 Prozent = 40 000 Mk. i. V.) zur Ausschüttung gelangte. Die Werke der Gesellschaft waren fast ausschließlich mit Kriegslieferungen beschäftigt. Die Anforderungen waren umfangreicher als im Jahre 1915. Die Verwaltung hofft, daß durch den neugegründeten Norddeutschen Zementverband, der wüsten Konkurrenz, welche die deutsche Zementindustrie in den letzten Jahren an den Rand des Ruins gebracht habe, gesteuert werde.

Die Portland-Zement-Fabrik vorm. A. Giesel in Oppeln hat ihren Aktionären 7prozentige Dividende (gegen 4 Prozent i. V. und 11 Prozent im Friedensjahre 1913) ausgeteilt. Der Reingewinn stellte sich auf 176 600 Mk. (gegen 157 800 Mk. i. V.). Aktienkapital 1 800 000 Mk.

Nur eine einzige Gesellschaft, die Duppeln-Frauen-dorfer Portland-Zementwerke, hat keine Dividende auszuschütten vermocht. Bei einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark wurde ein Bruttogewinn von 363 780 Mk. erzielt. Für Abschreibungen sind 120 919 Mk. verwandt worden.

Die Zusammenfassung der Angaben über das verfügbare Aktienkapital und ausgeschütteten Dividenden ergibt folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Company Name, Aktienkapital, Dividende, 1916, 1915. Rows include Großschowitz, Oberösterreichische, Grundmann, Schminnowitzer, Silesia, Gogolin, Groß-Strehly, Stadt Duppeln, Duppeln-Frauen-dorfer, Giesel.

Wenn Gesellschaften mit insgesamt 23 600 000 Mk. Aktienkapital haben an Dividende 1 645 000 Mk. für das Geschäftsjahr 1916 zur Auszahlung gebracht. Die Durchschnittsdividende stellt sich danach auf 6,97 Prozent. Das in der Oberösterreichischen Zementindustrie investierte Kapital kann mit einem solchen Ergebnis nach Lage der Sache zufriedengefüllt sein. Das laufende Geschäftsjahr eröffnet ihm noch bessere Aussichten. Die Reichsstelle für Zement hat einer Erhöhung der Zementpreise für Norddeutschland um 185 Mk. für den Doppelwagen zugestimmt. Daraufhin bezieht sich das Oberösterreichische Zement-Syndikat, die Preise für Zement und Erde heranzuziehen. Die Ausschüttung der Preisunterbahrungen infolge des Zusammenschlusses in dem Norddeutschen Zement-Verband wird sich zweifellos auch in besseren Erträgen äußern. Das Kapital weist eben alles gut, daß aus dem wirtschaftlichen Zusammenschluß Nutzen zu ziehen ist.

Die gleiche Erkenntnis fehlt leider der in der oberösterreichischen Zementindustrie beschäftigten Arbeiterchaft, die zu ihrem eigenen Schaden bis jetzt den Weg in die Reihen der Fabrikarbeiter-Verbande, ihrer gewerkschaftlichen Organisationen, noch nicht gefunden hat. Und gerade - ist alle Verantwortung, durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß, nur elende Lage zu verbessern. Nirgends im Reich sind die Arbeits- und Lebensbedingungen der Zementarbeiterchaft so ungünstig wie in Oberösterreich. Emil Caspari.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine Abstimmung über Beitragserhöhung wird im Verbandsrat der Sanier und Fortschritts in den Tagen vom 1. bis 3. Dezember vorgenommen. Zwar haben die Finanzen des im Laufe des Jahres verfallenen Verbandes infolge verminderter Unterhaltungsbeiträge einen sehr günstigen Stand angenommen, andererseits liegt aber ein Rückgang der Beitragserhöhungen der Zeitungs des Verbandes vor. Es ist daher nach einer Abstimmung zu entscheiden, ob eine Erhöhung der Beiträge erforderlich ist. Die Frage, ob wieder den gewöhnlichen Umständen die Mitglieder zu erhöhten Beiträgen herangezogen werden können, wurde von der Kommission bejaht und dazu beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung einer Abstimmung des Verbandsrates vom 1. Januar 1918 an für männliche Mitglieder von 15, für weibliche von 10 Pf. wöchentlich zu erhöhen. Zur Abstimmung an dieser Abstimmung sind

alle Mitglieder berechtigt, die mindestens 13 Wochen dem Verbandsrat angehören und nicht mehr als acht Beiträge restieren.

Extrabeitrag in der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Der Vorstand der Unterstützungsvereinigung hat im Einverständnis mit dem Ausschuss beschlossen, vom 1. Januar 1918 einen Extrabeitrag von 2 Mk. pro Monat von den Mitgliedern zu erheben. Der Beitrag soll einer Abstimmung der Mitglieder unterworfen werden. In der Begründung der Beitragserhöhung heißt es: Unstre Kasse hat während des Krieges eine starke Einbuße erlitten. Durch die Anordnung des Vorstandes und Ausschusses zu Beginn des Krieges, daß für die zum Herberdienst Eingezogenen die Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft ruhen, sind sehr erhebliche Beitragssummen verloren gegangen. Die Zahl der zum Herberdienst Eingezogenen betrug bei der letzten Abrechnung 1674. Die der Kasse dadurch verlorenen Beiträge belaufen sich auf monatlich 9444 Mk., während die Lasten steigend zunehmen, obwohl für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen keine Unterstützungen gezahlt werden. In den letzten beiden Quartalen genügt die Mitgliederbeiträge nicht mehr für die Deckung der laufenden freiwillig gewährten Unterstützungen und Verwaltungskosten, es mußten zum Teil Forderungsgänge zur Befreiung der Ausgaben in Anspruch genommen werden. Dieser Zustand ist unhaltbar, wir müssen die Beiträge erhöhen, um eine Herabsetzung der Unterstützung zu vermeiden.

Ausland.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1916.

Die Gewerkschaften Österreichs haben sich im Jahre 1916 besser gehalten als in den beiden vorhergehenden Kriegsjahren. Zwar ist noch immer in den einschlägigen Kreisen ein Rückgang bemerkbar. Doch ist dieser verhältnismäßig sehr gering und steht insbesondere, was die männlichen Mitglieder betrifft, in gar keinem Verhältnis zu den gewaltigen Opfern, welche die Gewerkschaften in Form der Einbeziehungen ihrer Mitglieder zum Kriegsdienste bringen müssen, so daß, wenn diese mit in Rechnung gezogen werden, das Jahr 1916 eigentlich keinen Rückgang, sondern einen Fortschritt brachte. Die Zahl der der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Zentralverbände hat sich von 52 auf 48, somit um 4 vermindert, einer von diesen (der der Mühlenarbeiter) infolge Verschmelzung mit dem Verbandsrat der Brauereiarbeiter. Drei kleinere Verbände, die der Ziegelerbeiter, der Schmirarbeiter und der Kartonnager, sind dem Verbandsrat und seinen Wirkungen zum Opfer gefallen; der erstgenannte der schon seit Kriegsbeginn anhaltenden heftigen Wutstöße, die die Ziegelerzeugung fast ganz zum Stillstand brachte. Die Zahl der Ortsgruppen ist von 2665 im Jahre 1915 auf 2346 im Berichtsjahre, somit um 319 gesunken. Bedenkt man aber, daß sich die korrespondierenden Zahlen im Jahre 1914 um 568 und im Jahre 1915 um 656 verminderten, so wird man schon aus dieser Gegenüberstellung erkennen, daß sich der Rückgang im Berichtsjahre sehr beträchtlich vermindert hat.

Noch deutlicher wird dies erkennbar aus den Zahlen, die über die Mitgliederbestände Auskunft geben. Im Vergleich mit dem letzten Friedensjahre und den ersten zwei Kriegsjahren gestalteten sie sich wie folgt:

Table with 5 columns: Year, Male, Female, Total. Rows for 1913, 1914, 1915, 1916.

Der Verlust an männlichen Mitgliedern mit 12 635 (8,34 v. H.) im Berichtsjahre ist um so eher als durchaus nicht unbeträchtlich anzusehen, da die Ausdehnung der Landsturmpflicht vom 12. bis zum 50. Lebensjahre, die in Österreich im Jahre 1915 mit Regierungsgewalt angeordnet wurde, eigentlich erst im Jahre 1916 zur vollen Wirksamkeit kam und hierdurch weitaus mehr Mitglieder den Gewerkschaften entzogen wurden, als diese in Wirklichkeit verloren haben.

Eine auch zahlenmäßig zum Ausdruck kommende Besserung ist bei den weiblichen Mitgliedern in deren Zunahme um 2459 (9,53 v. H.) ersichtlich, nachdem die zwei vorhergehenden Jahre eine Abnahme um zusammen 17 290 gebracht hatten.

Die Finanzgebarung hatte sich schon im Vorjahre gegenüber dem ersten Kriegsjahre erheblich gebessert; diese Besserung hat auch im Berichtsjahre angehalten. Zwar haben, wie ganz natürlich, entsprechend den verminderten Mitgliederzahlen auch die Einnahmen eine Verminderung erfahren; doch steht dieser auch eine Ermäßigung der Ausgaben gegenüber, die zum größten Teil auf eine geringere Inanspruchnahme der Unterstützungen, hauptsächlich davon für Arbeitslosigkeit, zurückzuführen ist.

Im Vergleich mit den vorhergegangenen Jahren gestalteten sich die Einnahmen (ausnahmslos derer für Zwecke der Lohnbewegungen, die in Österreich aus Rücksicht auf gezielte Bestimmungen gesondert eingezogen und gebucht werden) wie folgt:

Table with 5 columns: Year, Kronen. Rows for Beiträge, Sonstige Einnahmen, Ausgaben, Defizit.

Die Zusammenstellung zeigt eine feste Besserung der Finanzgebarung. An die Stelle des tiefen Defizits im ersten und des annähernden Ausgleichs im zweiten ist ein ansehnlicher Einnahmehüberschuss im dritten Kriegsjahre getreten.

Diese Besserung in der Finanzgebarung ist hauptsächlich der verminderten Arbeitslosigkeit zuzuschreiben, die eine beträchtlich niedrigere Belastung des Unterstützungsabkommens zur Folge hatte. Zwar sind die Ausgaben für Kranken-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenunterstützung nicht nur relativ, sondern auch absolut gesunken, was nützlich auf die verminderte Arbeitslosigkeit der Arbeiter infolge der ungenügenden Ernährung zurückzuführen ist (das gleiche gilt auch von der Notfallunterstützung); doch wurde dieses Steigen wieder wettgemacht durch die verminderten Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Demnach wird dies als folgender Zusammenstellung ersichtlich. Es betragen die Ausgaben für:

Table with 5 columns: Year, Kronen. Rows for Unterstutzung, Reise, Arbeitslosen, Kranken, Invaliden, Stetsbefall, Restfall.

Zusammen 4 616 929 5 013 659 1 801 183 1 578 944 Entsprechend der im vorstehenden besprochenen Änderung der Grundlagen der gewerkschaftlichen Finanzgebarung haben sich auch die Schwermögensverhältnisse der österreichischen Gewerkschaften gebessert. Das letzte Friedensjahr schloß ab mit einem Bestande von rund 14 735 000 Kronen. Das erste Kriegsjahr brachte dessen Verminderung um rund eine Million, das zweite jedoch bereits wieder eine Steigerung um rund 623 000 Kronen, während man sich das Berichtsjahr mit einer Steigerung von rund 634 000 Kronen abschloß. Am Schluß dieses Jahres betragen die Gesamtbestände rund 14 991 000 Kronen und hatten somit den Stand des letzten Friedensjahres bereits wieder überbritten. Alles in allem zeigen die österreichischen Gewerkschaften im dritten Kriegsjahre zwar keine härmliche Aufwärtsbewegung; immerhin jedoch ist zu erkennen, daß sie ihren durch die Kriegskrisis hervorgerufenen Tiefstand sowohl bezüglich des Mitgliederbestandes als auch hinsichtlich der Finanzgebarung bereits überwunden haben und sich nun aller Hindernisse von wieder in aufsteigender Linie befinden.

Berichte aus den Zahlstellen.

Augsburg. Die Arbeiterchaft der Papierfabrik Gaiml war von jeher die schlechtbezahlteste in Augsburg. Dafür stand sie auch immer hoch in der Gunst und Gnadenzone der „gelben Gloria“, 1905 war es, wie schon berichtet worden ist, möglich, den Lohn auf 25 Pf. pro Stunde hinaufzubringen, der nach einem halben Jahre sogar auf 27 Pf. steigen sollte. Dann setzte die Geldnot ein, und mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln wurde die Organisation zertrennt. So blieben denn die Löhne in der Hauptsache, bis auf einige Beschlüsse, ruhig, bis weit in den Krieg hinein die alten. Erst die allmähliche Unzufriedenheit, die sich schließlich auch beim zufriedensten Menschen mal bemerkbar macht, führte dazu, daß in den letzten Jahren die Bezahlung auf 25 bis 42 Pf. die Stunde, im Durchschnitt auf etwa 33 Pf. stieg. Der Herr Kommerzienrat war nicht undankbar für die Verschwendung seiner Arbeiterchaft - er vermochte der Stadt Augsburg für ihr neues Kongresshaus im Stadtgarten eine Orgel. Die Familien seiner Arbeiterchaft können sich ja an dem Klang der Töne sättigen, die sie allerdings nicht oder selten hören werden, weil sie in diese Halle wahrscheinlich herzlich wenig hineinkommen.

In diesem Jahre haben wir es nun wieder einmal versucht, mittels der Organisation einzugreifen, und siehe da, es half. Im Zeitraum einiger Monate wurden mehrfach Lohnzulagen gewährt und noch eine Zeurungszulage zugelegt. Am 9. September war neuerdings eine Versammlung angelehnt mit der Tagesordnung: Bericht über den Arbeiterauschuss. Zur Beratung standen u. a.: Holz- und Kostensfrage, Ueberstunden und Rufmarken, Lohnfrage, Kontingenzfrage, Fragen der Metallierten und Sonstiges. Der Arbeiterauschuss, der angeblich 1913 „gewählt“ worden ist, setzt sich zusammen aus Meistern, Angestellten usw. Einige von diesen sogenannten Arbeiterauschussmitgliedern sind noch da, andre sind nicht mehr da. Aber das spielt auch keine Rolle. Die, von denen man annahm, daß sie noch da sind, wurden schriftlich zu der Versammlung eingeladen. Aber sie kamen nicht. Der Vorsitzende dieses sogenannten Arbeiterauschusses, Elektromonteur Schön, meinte zur Entschuldigung, er habe keine Zeit, er fahre „aufs Land“. Die andern hatten „kein Interesse an der Sache“. Und die Arbeiterchaft? Die hatte kein Interesse an diesem Arbeiterauschuss. So war denn die Versammlung sehr schlecht besucht. Die Arbeiterchaft der Papierfabrik Gaiml in Augsburg hat eben einen „Arbeiterauschuss“, wie sie ihn versteht, und der Ausschuss ein Ansehen bei der Arbeiterchaft, wie er es verdient.

Die Arbeiterchaft der Papierfabrik Gaiml sollte wirklich einmal darüber nachdenken, ob sie nicht ihre eigenen Interessen gründlich vernachlässigt. In andern Betrieben hat man, wenn Forderungen gestellt wurden, schon auf sie hingewiesen, daß „diese Leute doch auch existieren könnten“ und zufrieden sind. So wird die Arbeiterchaft in der Papierfabrik geradezu ein Gemisch für die Arbeiter andrer Betriebe und ihrer Familien. Und das ist gewiß nichts weniger als ein Ruhm.

Eingegangene Schriften.

„Wer trägt die Schuld am Kriege?“ Diese Frage hat der Genosse Eduard David in einer vor dem holländisch-standinadischen Friedenskomitee in Stockholm am 6. Juli 1917 gehaltenen Rede beantwortet. Diese Rede ist unter vorstehendem Titel soeben im Verlage der Buchhandlung Bornäris in Berlin SW. 68 im Druck erschienen. Aus dem Inhalt hervor: Die imperialistischen Grundursachen. - Die Entente als Weltverteilungshybride. - Die Politik der Zentralmächte. - Die Entzweiung Deutschlands. - Die Größe der Gefahr für Deutschland. - Der Ausbruch der Krise usw. Die Broschüre ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Preis beträgt 1 Mk.

Verbandsnachrichten.

Statistik.

Blau Monatskarten - Gelbe Quartalskarten.

Mit September ist das 3. Quartal 1917 zu Ende. Es muß deshalb jede Zahlstelle bis 4. Oktober eine blaue Monatskarte und eine gelbe Quartalskarte nach Hannover senden. Als Stichtag für Arbeitslose gilt der 29. September. Beide Karten müssen auch eingesandt werden, wenn keine Arbeitslosen vorhanden sind. Zahlstellen, die die Karten zu spät oder überhaupt nicht einsenden, werden im „Proletarier“ namentlich veröffentlicht. Mehrere Zahlstellen senden noch immer graue Monatskarten ein. Dieselben sind ungültig und dürfen nicht mehr benutzt werden. Zahlstellen, die keine blauen und gelben Berichtskarten in ihrem Besitz haben, müssen solche beim Vorstand beschaffen.

Vom 11. September 1917 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Walsrode 700,-, Stuttgart 500,-, Straubing 200,-, Reih 100,-, Borch i. Wbg 17,32, Darmstadt 600,-, Karlsruhe 44,-, Köthen (Anh.) 2,25, Bremen 1030,-, Sonneberg 500,-, Tansig 102,04

Schluss: Montag, den 17. September, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielt die Zahlstelle: Walsrode, 10 Pf. für die männlichen und 5 Pf. für die weiblichen Mitglieder pro Woche vom 1. Oktober 1917 an.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitglieds-Bücher und -Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Eingetretene in. Rows include Karl Schürich, Karl Zentler, Günther Stölzel, Heinrich Krue, Fritz Tagenius, Johann Zwanzig, Albert Kwoitel, Emil Watz, Karl Ratholz, Wilhelm Krue, Guise Kahle, Gust. Franz Borsdorf.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Darmstadt. H. Trensch, Darmstraße 41. Eisenach. Bauer eingezogen. Otto Kalbe, Frankfurter Straße 30. Landsberg. Föpfer eingezogen. Ernst Froebel, Friedrichstraße 62. Walsrode. Ernst eingezogen. Karl Stapf, Unterstr. 18.